

Das Kaukasus-Emirat und der internationale Jihadismus

Uwe Halbach, Michail Logvinov

Unter den muslimischen Regionen Russlands und des gesamten postsowjetischen Raums bildet der Nordkaukasus ein Epizentrum islamistischen Aufruhrs. Bewaffneter Widerstand unter der Parole des Jihad wird hier von einem sogenannten Kaukasus-Emirat koordiniert, das 2007 von dem tschetschenischen Untergrundführer Doku Umarow ausgerufen wurde. In Regionalanalysen ist umstritten, inwieweit der über Tschetschenien hinausgetretene bewaffnete Untergrundkampf vom globalen Islamismus beeinflusst oder von regionalen Faktoren geprägt und von unterschiedlichen Motiven bestimmt wird. Auch wenn sich seine Kampfansage in erster Linie gegen Russland richtet, steht das Kaukasus-Emirat in Kontakt zur globalen Jihad-Szene.

Mit der Ausrufung eines Kaukasus-Emirats im November 2007 besiegelten Protagonisten des bewaffneten Untergrundkampfes im Nordkaukasus einen Prozess, der gut zehn Jahre zuvor begonnen hatte: Eine nationale Widerstandsbewegung gegen die Oberherrschaft Russlands, hervorgegangen aus dem tschetschenischen Unabhängigkeitskampf, war Stück für Stück in einen regionsweiten Jihad transformiert worden. Im ersten Tschetschenienkrieg 1994–96 hatte der Widerstand gegen russische Truppen noch unter der Losung der nationalen Unabhängigkeit gestanden. Danach aber hatte sich der Radius bewaffneter Aktionen auf die muslimische Nachbarschaft in der Region ausgeweitet. In einer auf den Jihad bezogenen Kampffideologie entfalteten sich Strömungen, die religiöse Solidarität auf eine rigide Auslegung von Islam festlegen.

Damit vernetzte sich der zum Kaukasus-Emirat führende Prozess auf ideologischer Ebene mit dem globalen Jihadismus, in dem ein salafistisches Grundvokabular den Ton angibt. In der Forschung zum Nordkaukasus wird das Verhältnis zwischen Islamismus und Nationalismus unterschiedlich eingeschätzt. Zweifellos spielt aber die islamistische Agenda in diesem Kontext eine herausragende Rolle.

Das Kaukasus-Emirat ist zwar keine regionale Filiale von al-Qaida, steht aber in Kontakt zu anderen Jihad-Fronten. Dabei war seit den Tschetschenienkriegen der Zustrom von Kämpfern aus dem islamischen Ausland in den Nordkaukasus allerdings größer als der in umgekehrter Richtung.

Entstehung des Emirats

Nach dem ersten Tschetschenienkrieg (1994–96) entbrannte in der de facto unabhängigen tschetschenischen Republik Itschkerien ein Machtkampf zwischen dem gewählten Präsidenten Aslan Maschadow, der einen säkularen Nationalismus repräsentierte, und Feldkommandeuren wie Schamil Bassajew, die sich mit islamistischen Kampfpaparen profilierten und ihren Aktionsradius auf Nachbarrepubliken wie Dagestan ausdehnten. Auch nach Beginn des zweiten Tschetschenienkriegs 1999 konkurrierten im bewaffneten Untergrund nationalistische und islamistische Widerstandsdiskurse. Abdul Chalim Sadulajew, Maschadows Nachfolger als tschetschenischer Untergrundpräsident, schuf 2005 eine Kaukasus-Front mit regionalen und lokalen Sektoren, um den Kampf über Tschetscheniens Grenzen hinauszutragen. Sein Nachfolger Doku Umarow rief auf dieser Grundlage 2007 das Kaukasus-Emirat aus. Als einen wesentlichen Grund dafür gab er die »islamische Jugend« an, die nicht mehr bereit sei, unter irgendeiner nationalen Flagge zu kämpfen, sondern sich für den Jihad rüste. Ein Mitkämpfer und Mitbegründer des Emirats, Anzor Astemirow (Seifullah), hob die Negierung der »Volksouveränität« als ideologisches Merkmal des Emirats hervor: Die kaukasischen Mudschahedin richteten sich nicht nach Begriffen, die mit ihrer Religion unvereinbar seien. In der Erklärung zur Ausrufung des Emirats lehnte Umarow alle »Gesetze der Ungläubigen« ab und verwies sie in den Bereich des »Götzendienstes« (Taghut). Zu den Gebietseinheiten (Velayat) des Emirats erklärte er alle nordkaukasischen Teilrepubliken, in denen die Mudschahedin ihm den Eid geleistet hätten. Die Grenzen seien aber offen, denn es gelte, die Ungläubigen aus allen islamischen Gebieten zu vertreiben. Es ist schwer auszumachen, über wie viel bewaffnete Kräfte das Emirat verfügt. Seine »Armee« ist in allen nordkaukasischen Republiken mit kleineren Kampfeinheiten präsent. Ihr Koordinationsorgan ist ein Militärrat (Schura) aus führen-

den Feldkommandeuren und Emiren. Präsenz zeigt das Emirat vor allem im Internet. Hier liegt sein ideologisches Schlachtfeld.

Verbrüderung mit dem globalen Jihad

Webseiten des Kaukasus-Emirats wie *Kavkazcenter.com*, *Hunafa.com*, *Islamdin.com* und *Jamaatshariat.com* verbreiten Propaganda des globalen Jihad, die ins Russische übersetzt wurde. Auf diesen Internetseiten werden Jihad-Aktivitäten in anderen Teilen der islamischen Welt beschrieben, und umgekehrt werden Kampfberichte aus dem Nordkaukasus von globalen Jihad-Internetforen veröffentlicht. Namhafte Qaida-Akteure griffen den zum Jihad deklarierten Widerstand in Tschetschenien auf. Aiman al-Zawahiri, heute Nachfolger Osama bin Ladens an der Spitze al-Qaidas, rief schon 2001 unter dem Titel »Ritter unter dem Banner des Propheten« die Mudschahedin dazu auf, Afghanistan und Tschetschenien als »das wahre Kapital des Islam« zu verteidigen. In einer ausführlichen Stellungnahme zur Ideologie des Emirats verdammt Mowladi Udugow, einer der bekanntesten Protagonisten des nordkaukasischen Untergrundkampfs, die »Politikspielchen« der »Eurotschetschenen«, das heißt der tschetschenischen Exildiaspora, die auf den nationalen Unabhängigkeitskampf und seine internationale Unterstützung setzt. Vorwürfen der Exilregierung, die Proklamation des Emirats hätte die tschetschenische Staatlichkeit untergraben, setzte Udugow historische Vorbilder für einen islamisch begründeten antikolonialen Widerstand im Nordkaukasus entgegen, so das Imamatum unter Führung des aus Dagestan stammenden Scheich Schamil 1834 bis 1859. Wie damals ist Dagestan auch heute ein Unruheherd. Laut einer repräsentativen Umfrage von 2011 halten 12 Prozent der Schüler und Studenten in dagestanischen Städten den militanten Jihad für legitim, 20 Prozent sympathisieren mit salafistischen Paparen. Die Unter-

grundaktivitäten beantwortet Moskau im Jahr 2012 mit einer deutlichen Verstärkung des Militärpersonals in der größten Teilrepublik des Nordkaukasus und verlegt Truppen des Innenministeriums von Tschetschenien nach Dagestan.

Risse im Emirat?

Von August 2010 bis Juli 2011 währte eine »Fitna«, ein Streit in der Führung des Kaukasus-Emirats – ausgelöst durch eine Rücktrittsankündigung Doku Umarows, die bald darauf rückgängig gemacht wurde. Es wird angenommen, dass sein kurzzeitiger Nachfolger Aslanbek Wadalow nicht die Unterstützung der transnational orientierten Jihad-Anhänger fand. Zudem wies die angebliche Machtübergabe Verfahrensfehler auf, jedenfalls nach Maßstäben der Scharia. Hinter dem Streit vermuteten auswärtige Beobachter ideologische und strategische Differenzen zwischen Islamisten und tschetschenischen Nationalisten. In Erklärungen, die Wadalow und andere an den Auseinandersetzungen Beteiligte abgaben, nennen sie als Konfliktintergrund eher die Person Umarows, seinen Führungsstil und fehlende Konsultationsmechanismen. Die Fitna wurde schließlich vor einem Scharia-Gericht des Emirats verhandelt, dessen Leiter auf Umarows Seite stand. Sie gilt vorläufig als beigelegt. Künftige Führungskrisen sind freilich nicht auszuschließen.

Geographie des Widerstands: Kampf gegen den »nahen Feind«

Trotz ideologischer Vernetzung mit dem globalen Jihad richtet sich die Kampfansage des Kaukasus-Emirats in erster Linie gegen den »nahen Feind« Russland. Auf den Webseiten kaukasischer Islamisten werden zwar Informationen über Qaida-Filialen in Somalia, Jemen und Sudan verbreitet, doch junge Muslime im Nordkaukasus interessieren sich vorrangig für ihre eigene regionale Umgebung. Nach der Ausrufung des Emirats trat der nordkaukasische Jihad mit

spektakulären Terroranschlägen im Inneren Russlands in Erscheinung: dem Sprengstoffanschlag auf den Newskij-Expresszug im November 2009, dem Doppel-Selbstmordanschlag auf die Moskauer Metro im März 2010 und dem Selbstmordattentat am Moskauer Flughafen Domodedowo im Januar 2011. Unterstützung für den Kampf in und gegen Russland sucht das Kaukasus-Emirat auch in kaukasischen Diasporagemeinden außerhalb Russlands. Im Mai 2012 fand erstmals ein von Anhängern des Emirats organisierter Kongress im Ausland statt, nämlich in Istanbul. Die Teilnehmer unterstrichen, das Emirat und sein Führer Umarow seien die einzige legitime Autorität im Nordkaukasus. Das russische Außenministerium protestierte, dass in der Türkei eine Konferenz stattfinden konnte, auf der die territoriale Integrität der Russischen Föderation bedroht und das Kaukasus-Emirat verherrlicht wurde, das auch von den Vereinten Nationen auf die Liste der Terrororganisationen gesetzt worden war.

Von Januar bis November 2011 verzeichnete Russland laut seinem Innenminister 350 Terrorakte und »damit verwandte Gewaltereignisse« im Nordkaukasus. Gegenüber dem Vorjahr war ein Rückgang festzustellen. Einige Regierungsquellen meldeten, die operative Kapazität nordkaukasischer Jihad-Gruppen sei im Schwinden begriffen. Doch trotz der Erfolgsmeldungen russischer Sicherheitsbehörden über die Ausschaltung prominenter Figuren des islamistischen Aufstands kann von einer nachhaltigen Schwächung des Emirats und seiner regionalen Sektoren kaum die Rede sein. Der Aufstand hat sich verjüngt und bewiesen, dass er sich wirksam regenerieren kann. Vom Ausmaß der sicherheitspolitischen Herausforderung für Russland zeugt eine Vielzahl von Antiterroroperationen, die mitunter in tagelange Gefechte zwischen Sicherheitskräften und Aufständischen ausarten.

Terrorakte wurden in Regionen der Russischen Föderation wie Stawropol und Astrachan registriert, die an die nordkaukasischen Teilrepubliken grenzen.

Islamistische Terroraktivitäten in den inneren Muslimregionen Russlands, den Wolgarepubliken Tatarstan und Baschkortostan, bewegen sich noch auf niedrigem Niveau und weisen kaum Verbindungen zum Kaukasus-Emirat auf. Allerdings gewinnt auch hier der Salafismus an Boden.

In südlicher Richtung wächst der Einfluss nordkaukasischer Jihad-Netzwerke auf sunnitische Bevölkerungsteile im mehrheitlich schiitischen Aserbaidschan. Die Sicherheitsorgane starteten 2012 dort Operationen in Grenzregionen zum Nordkaukasus.

Gegenmaßnahmen

Seit 2010 verfolgt der Generalgouverneur des Föderalbezirks Nordkaukasus, Alexander Chloponin, eine Strategie der sozial-ökonomischen Entwicklung, die aber die prekäre Sicherheitslage in der Region bislang kaum verbessern konnte. Ein neuer Entwicklungsplan für den Nordkaukasus bis 2025 sieht Investitionen in Höhe von 57 Mrd. US-Dollar vor. Doch wäre ein Mehrfaches nötig, um die Region auf das durchschnittliche Entwicklungsniveau der Russischen Föderation zu heben. Zudem bildet sich in der russischen Gesellschaft schon jetzt eine heftige Abneigung gegen Subventionen für den Kaukasus. Lange Zeit hat es die russische Politik versäumt, die islamistische Ideologie des Widerstands zu delegitimieren, und dem Aufstand im Nordkaukasus nichts als nackte Gewalt entgegengesetzt. Immerhin richten sich neuerdings einige bildungspolitisch-ideologische Maßnahmen gezielt gegen das Kaukasus-Emirat. Im Mai 2012 wurde die Föderale Nordkaukasus-Universität in Stawropol gegründet. Sie geht auf einen Vorschlag Chloponins zurück, eine »säkulare Islamische Universität« mit Filialen im gesamten Nordkaukasus zu etablieren, die den Islamisten mit einem aufgeklärten, mit säkularer Staatlichkeit kompatiblen Islam begegnen will. Geradezu absurd mutet die Strategie des »Dagegensetzens« in Tschetschenien unter der Gewaltherrschaft Ramzan Kadyrows an. Seit 2007 verfolgt dieser

nämlich eine Politik der Retraditionalisierung, die als Alternative zum Salafismus einen angeblich auf Sufismus und tschetschenischen Überlieferungen beruhenden Islam propagiert. Sie enthält aber Maßnahmen, etwa strenge islamische Bekleidungs Vorschriften für Frauen, die eher den kulturellen Normen des Gegners als tschetschenischen Traditionen entsprechen und mit der Verfassung Russlands nicht vereinbar sind.

Gefahr für Europa?

Bislang gab es noch keine Terroranschläge im Raum der Europäischen Union, die auf das Konto des Kaukasus-Emirats gingen. In den letzten zwei Jahren wurden allerdings Zellen islamistischer Netzwerke in Belgien und Tschechien ausgehoben, die in Verbindung zum Nordkaukasus gestanden und Anschläge in Europa geplant haben sollen. Zweifellos gibt es in Europa Sympathisanten für das Kaukasus-Emirat, das sich auf die religiöse Pflicht zum Widerstand gegen Fremdherrschaft durch Ungläubige beruft, dabei die Gewalt russischer Kolonialherrschaft im Nordkaukasus seit dem 19. Jahrhundert anklagt und westliche Werte in den Bereich des »Götzendiensts« verweist.

Auch wenn noch keine unmittelbare Gefahr droht, dass Terrorakte vom Nordkaukasus nach Europa überschwappen, muss doch eines zur Kenntnis genommen werden: Wenn man nach der Zahl registrierter »Gewalt ereignisse« mit Beteiligung jihadistischer Akteure geht, ist der am Rande Europas gelegene Nordkaukasus die brisanteste Region im gesamten postsowjetischen Raum. In dieser Hinsicht rangiert er weit vor Teilen Zentralasiens, die Afghanistan vorgelagert sind. Allerdings bildet er keine homogene »islamistische Region«. Was den Zuspruch zum Jihad und zu salafistischen Parolen in der Bevölkerung angeht, sind die Unterschiede zwischen östlichen und westlichen Gebieten der Region immer noch beträchtlich.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2012
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung der Autoren wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364